

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
– Drucksache 16/5094–

### Umsetzung des ESF in Rheinland-Pfalz

Die Große Anfrage 16/5094 vom 18. Mai 2015 hat folgenden Wortlaut:

Zur Umsetzung des Operationellen ESF-Programms in Rheinland-Pfalz stellen sich der CDU-Fraktion nach der Beantwortung einer ersten Großen Anfrage (Drucksache 16/3595) weitere Fragen. Es geht vor allem um Stellungnahmen von Vertretern der Landesregierung in den Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014 und 6. Juni 2014. Die entsprechenden Zitate sind den jeweiligen Kapiteln vorangestellt.

#### I.

##### Rat GmbH

In der 33. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014 äußerte sich die Landesregierung zur Frage, weshalb das Sozialministerium das Modellprojekt „Qualischeck“ an die eigens zu diesem Zweck gegründete „RAT GmbH“ unter Geschäftsführung von Heiner Schneider (Landesberatungsstelle ESF) vergab. Dazu folgende Zitate:

##### Zitat 1

Staatsminister Schweitzer: „[...] dass es zu dieser Zeit auf dem Markt der Beratungsunternehmen, die diese speziellen Kenntnisse haben, keine Situation gab, von der man sagen könnte, dass sie überlaufen war [...]. Es gab keinen weiteren Anbieter, den man für infrage kommend gehalten hat, was die Qualität der Umsetzung eines solchen Modellprojekts angeht. Das ist die Begründung, die damals zu der Entscheidung geführt hat.“

##### Zitat 2

Frau Barthelmes: „Im Qualischeck gibt es zwei Aufgaben: Das eine war, über eine Hotline Antragstellerinnen und Antragsteller oder Unternehmen und alles, was sonst noch dazu gehört, zu beraten: Wer kann wann, unter welchen Voraussetzungen einen Qualischeck beantragen? – Das Zweite ist die Weiterleitung des Geldes gewesen.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche „speziellen Kenntnisse“ (Zitat 1) und Expertisen waren für die Beratungsleistung innerhalb des Modellprojekts Qualischeck erforderlich?
2. Haben sich Qualischeck-Interessierte nach Kenntnis der Landesregierung auch direkt von Weiterbildungsanbietern beraten lassen?
3. Welche Kenntnisse muss nach Auffassung der Landesregierung ein Anbieter aufweisen, um die Aufgabe „Weiterleitung des Geldes“ (Zitat 2) zu erfüllen?
4. Aus welchen Gründen konnte diese Kenntnisse kein anderer Anbieter in Rheinland-Pfalz aufweisen?
5. Worauf gründet sich die Aussage der Landesregierung, dass es keinen weiteren kompetenten Anbieter auf dem „Markt der Beratungsunternehmen“ gab und wie wurde dies ermittelt?
6. Hat die Landesregierung versucht, weitere Beratungsunternehmen zu finden und Vergleichsangebote einzuholen? Wenn ja, welche und wie viele, nur in Rheinland-Pfalz oder auch in anderen Bundesländern?

## II. Servicestelle Qualischeck

Nach Angaben des Sozialministeriums (Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014) wurde 2012 mit Schneider Organisationsberatung ein Zusatzvertrag „Servicestelle Qualischeck“ geschlossen. Zuvor hatte eine zweite Firma von Heiner Schneider, die „RAT GmbH“, den Qualischeck als Modellprojekt der Landesregierung auf Zuwendungsbasis umgesetzt.

Die Durchführung des weiteren Auftrags „Servicestelle Qualischeck“ erfolgte von Juli 2012 bis Ende 2014. Ausweislich der Drucksache 16/2780 belief sich die Auftragssumme auf 211 861,65 Euro. Dazu folgende Zitate, die Bezug nehmen auf Äußerungen von Doris Barthelmes und Regina Wicke in der 33. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014 und von Ministerpräsidentin Malu Dreyer in der 35. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. November 2014:

Zitat 3

Frau Wicke: „[...] hat man gleichwohl dieses hohe Interesse [...] an der öffentlichen Information weitergeführt, natürlich dann als Dienstleistung, und es wurde ein Zusatzvertrag geschlossen. Mit Ende des Modellprojekts hat RAT die Arbeit auch eingestellt [...]. Man hat die telefonische Hotline dann durch einen Zusatzvertrag auf die Schneider Organisationsberatung im Sinne einer Dienstleistung übertragen.“

Zitat 4

Frau Barthelmes: „Übrig geblieben ist die Hotline, weil wir weiterhin eine gute Beratung für Träger, Personen und Unternehmen machen wollten.“

Zitat 5

Ministerpräsidentin Dreyer: „Mit dem Übergang des Qualischecks in die ESF-Förderung wurde die Beratung der Qualischeck-Interessentinnen und -Interessenten durch die Zusatzvereinbarung der landesweiten Beratungsstelle übertragen, deren originäre Aufgabenstellung die Beratung der Interessentinnen und Interessenten von ESF-Förderungen ist. Die Zusatzvereinbarung war somit die rechtliche Umsetzung dieser Zuordnung, in Form einer Ergänzung zum Vertrag für die landesweite Beratungsstelle.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

7. Was versteht die Landesregierung juristisch unter dem Vorgang „im Sinne einer Dienstleistung übertragen“ (Zitat 3)?
8. Handelt es sich bei der Hotline nach Auffassung der Landesregierung um eine Dienstleistung oder nicht?
9. Wenn nein, wie begründet die Landesregierung dies?
10. Wurde 2012 die Servicestelle Qualischeck, eine Telefonhotline, öffentlich ausgeschrieben?
11. Wenn nein, was waren die Gründe dafür und wurden stattdessen Vergleichsangebote eingeholt?
12. Wenn ja, wie viele und von wem?
13. Was waren die ausschlaggebenden Gründe für die Beauftragung der Schneider Organisationsberatung?
14. An welchem Datum wurde die Zusatzvereinbarung zur Telefonhotline mit Schneider Organisationsberatung unterzeichnet?
15. Welche Voraussetzungen müssen üblicherweise im juristischen Sinn gegeben und welche Bedingungen erfüllt sein, um eine Zusatzvereinbarung ohne Ausschreibung zu schließen?
16. Sind diese Bedingungen bei der Zusatzvereinbarung mit Schneider Organisationsvereinbarung erfüllt gewesen?
17. In welchen Fällen sind im Sozialministerium seit 2005 vergleichbare Zusatzvereinbarungen im juristischen Sinn geschlossen worden (bitte auflisten nach Auftrag, Auftragswert, Jahr)?
18. Wieso ist die Zusatzvereinbarung im juristischen Sinn „die rechtliche Umsetzung dieser Zuordnung“ (Zitat 3)?
19. War die Information von Einzelpersonen Gegenstand der Ausschreibung der ESF-Landesberatungsstelle 2008 oder des diesbezüglichen Angebots von Schneider Organisationsberatung?
20. Wenn ja, auf welche Passage der Ausschreibung, des Angebots und der Grundvereinbarung nimmt die Landesregierung Bezug?
21. Wenn laut Landesregierung die „originäre Aufgabenstellung“ (Zitat 3) der landesweiten Beratungsstelle die Beratung von Interessentinnen und Interessenten von ESF-Förderungen und die Qualischeck-Beratung die rechtliche Umsetzung dieser Zuordnung ist: Warum obliegt der Landesberatungsstelle inzwischen nicht mehr die Hotline?

22. Warum hat das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung 2012 neben der Abwicklung des Qualischecks nicht gleichfalls die Beratung der Interessentinnen und Interessenten übernommen, sondern erst im November 2014?
23. Hielt die Landesregierung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für nicht befähigt eine „gute Beratung“ (Zitat 4) anzubieten und worauf gründet sie ihre Einschätzung, nur mit einem privaten Dienstleister „weiterhin eine gute Beratung“ machen zu können?

### III.

#### Entscheidungen über ESF-Projektanmeldungen im ESF-Auswahlgremium

Ausweislich des Protokolls der 35. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. November 2014 werden „Projektanmeldungen des Evaluationsunternehmens [Anmerkung: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz, ism] vom ESF-Auswahlgremium bewertet“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

24. Trifft es zu, dass die ESF-Verwaltungsbehörde im ESF-Auswahlgremium den Vorsitz führt und somit maßgeblich über Projektanmeldungen des Instituts für Sozialpädagogische Forschung (ism) entscheidet?
25. Besteht die mögliche Konstellation, dass die ESF-Verwaltungsbehörde einerseits über Projektanmeldungen des ism mitentscheidet, andererseits zugleich seit 2001 (Antwort auf Frage 65 – Anlage 4, Drucksache 16/3737) vom ism bei ihrer Arbeit (Durchführungsberichte, Halbzeitbewertung, Programm- und Modellentwicklung, Politikberatung, Beantwortung von Anfragen von Abgeordneten etc.) unterstützt wird?
26. Falls nein, wie gelangt die Landesregierung zu ihrer Bewertung?
27. Falls ja, sieht die Landesregierung in dieser Konstellation ein besonderes Näheverhältnis zwischen ESF-Projektträger und ESF-Verwaltungsbehörde?
28. Falls ja, wie wird in dieser Konstellation ein ordnungsgemäßer, neutraler Verwaltungsablauf sichergestellt?
29. In welchen Fällen haben das ESF-Evaluationsunternehmen und die ESF-Landesberatungsstelle nach Kenntnis der Landesregierung aufgrund ihres Expertenwissens Vorteile gegenüber Mitbewerbern, wenn sie am ESF-Aufrufverfahren teilnehmen und – wie geschehen – selber ESF-Projekte umsetzen?

### IV.

#### Evaluation des Operationellen ESF-Programms durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz (ism)

Seit mindestens 2001 ist das Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz mit der Evaluation und dem Monitoring der Umsetzung des ESF-Programms in Rheinland-Pfalz befasst. Dazu folgende Zitate:

Zitat 6

In der Drucksache 16/3737 fragt die CDU-Fraktion (Frage 64): „Das Institut für Sozialpädagogische Forschung findet sich im ESF-Begünstigtenverzeichnis für Rheinland-Pfalz mehrfach erwähnt – wieso wird ein Begünstigter des Programms mit der Evaluation und Bewertung desselben beauftragt?“

Die Antwort der Landesregierung: „Das ism evaluiert und bewertet nicht einzelne Projekte, sondern die Umsetzung des Operationellen Programms und der Förderansätze auf der Programmebene.“

Zitat 7

Herr Barthelmeh: „[...] alles, was im ESF passiert, muss evaluiert und auch mit einem Monitoring belegt werden, um die Möglichkeiten, Umsetzungsstrategien und Erfolge, die damit erzielt worden sind, darzustellen.“ Danach hat das ism „[...] die Aufgabe, die Verwaltungsbehörde mit einem hohen Sachverstand bei diesen Aufgaben zu unterstützen [...]. Unabhängig davon ist es durchaus möglich, dass das ism auch als Projektträger auftreten kann, weil diese beiden Bereiche nichts miteinander zu tun haben. Es werden keine Einzelprojekte evaluiert, sondern es werden Förderansätze evaluiert, also auf einer Metaebene, die insgesamt die Umsetzung des Operationellen Programms in den einzelnen Förderansätzen verfolgt und damit sicherstellen muss, [...] wenn aufgrund dieser Monitoring-Ergebnisse erkennbar ist, dass in der Umsetzung etwas schief läuft, und Anregungen der Verwaltungsbehörde geben muss, wie gegenzusteuern wäre [...]“ (SoPo, 6. November 2014).

Zitat 8

Homepage Sozialministerium, ESF-Organisationsstruktur: „Mit dem projekt- und wirkungsspezifischen Monitoring und der Evaluation der Durchführung des Operationellen Programms für den ESF in Rheinland-Pfalz ist das Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism) betraut.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

30. Wie kann das ism die „Umsetzung des Operationellen Programms und der Förderansätze auf Programmebene“ bewerten, ohne Projekte zu evaluieren (Zitat 6)?

31. Wenn die einzelnen ESF-Projekte nicht Gegenstand der Evaluation sind, was genau ist dann Gegenstand der Evaluation?
32. Was genau versteht die Landesregierung unter der „Metaebene, die insgesamt die Umsetzung des Operationellen Programms in den einzelnen Förderansätzen verfolgt“ (Zitat 7) und wo ist diese Metaebene in der Organisationsstruktur angesiedelt?
33. Anhand welcher Datengrundlage wird auf der „Metaebene“ die Umsetzung des Operationellen Programms in den einzelnen Förderansätzen verfolgt?
34. Wie genau evaluiert das ism „Förderansätze auf der ‚Metaebene‘ und wie gelangt das ism zu „Monitoring-Ergebnissen“?
35. Was versteht die Landesregierung unter „projekt- und wirkungsspezifischen Monitoring und der Evaluation“ durch das ism (Zitat 8)?
36. Wie gelangt die Landesregierung zu der Einschätzung, dass die Bereiche „Umsetzung von ESF-Projekten“ (durch das ism) und „Monitoring und Evaluation von Förderansätzen“ (durch das ism) „nichts miteinander zu tun haben“? Was unterscheidet nach Ansicht der Landesregierung die beiden Bereiche?
37. Welche Informationen im Einzelnen benötigt das ism von den Projektträgern und Teilnehmenden, um seinen Auftrag „Evaluation und Monitoring des ESF“ umsetzen zu können?

#### V.

#### Datenfluss bei Evaluation und Monitoring des Operationellen Programms

Der Drucksache 16/3737 zufolge sind „der [...] Zuwendungsempfänger und Teilnehmende des ESF-Programms in Rheinland-Pfalz verpflichtet, an der Begleitung, Bewertung und Evaluierung der Maßnahme mitzuwirken. Bei Teilnehmenden ist daher vorab die Einverständniserklärung einzuholen, dass diese mit der Erhebung der Daten sowie der Verarbeitung zum Zwecke der Evaluation einverstanden sind.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

38. Wie werden nach Abgabe der Einverständniserklärung der ESF-Projektträger die Daten erhoben und wie und von wem werden diese Daten weiter ausgewertet?
39. Der Drucksache 16/3737 zufolge erfolgt im Rahmen des Monitorings durch das ism die „laufende Erfassung aller relevanten finanziellen und materiellen Verlaufsdaten sowie die teilnehmerbezogenen Daten zu bestimmten Indikatoren“ – wie genau erreichen das ism diese Daten und Informationen für seine Evaluation?
40. Herr Barthelmeh in der 35. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. November 2014): „Alles, was im ESF passiert, muss evaluiert und mit einem Monitoring belegt werden“. Wer hat die Förderansätze für folgende ESF-Projekte (umgesetzt vom ism) evaluiert und die Maßnahmen mit einem Monitoring belegt?

Fit in Europe	2013/2013
ZAQ – Zukunftsfähige Arbeit, Qualifizierung und migrantische Ökonomie	2013
Fit in Europe II	2013/2013
ZENITplus III – Altersmanagement in der Westpfalz	2012
Quali-ZAUM-Qualifizierung für zukunftsfähige Arbeit in Unternehmen mit Migrationshintergrund	2012
Perspektive junger Unternehmergeist – PUG V	2012
Vorsprung durch Vielfalt – Vielfaltorientiertes Personalmanagement in KMU	2012
Vorsprung durch Vielfalt – Vielfaltorientierte Strategien zur Fachkräftesicherung in KMU	2012
MIQN-2 – Qualifizierungsnetzwerk in Unternehmen mit Migrationshintergrund	2011
ZAUM-2 – Zukunftsfähige Arbeit für Unternehmen mit Migrationshintergrund	2011
ZENITplus II – Altersmanagement in der Westpfalz	2011
Vorsprung durch Vielfalt, Teilprojekt ism	2010
MIQN – Qualifizierungsnetzwerk in Unternehmen mit Migrationshintergrund	2010
ZAUM – Zukunftsfähige Arbeit für Unternehmen mit Migrationshintergrund	2010
Netzwerk junger Unternehmergeist – PUG IV	2010
ZENIT plus – Altersmanagement in der Westpfalz	2009
Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz	2009
Netzwerk junger Unternehmergeist – PUG III	2009

41. Falls evaluiert wurde, welche Daten waren für die Evaluation erforderlich?
42. Falls evaluiert wurde, wie gelangten in diesem Fall die erforderlichen Daten von dem Projektträger zum Evaluationsunternehmen?
43. Wenn die Projekte nicht evaluiert und mit einem Monitoring belegt wurden, was waren die Gründe dafür?
44. Wer hat die Maßnahmen, in denen Schneider Organisationsberatung alleine oder in Kooperation mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung tätig war, evaluiert und mit einem Monitoring belegt? (INPACT 2, INPACT 3, Vielfalt nutzen, Teilhabe stärken, Vielfalt nutzen, Teilhabe stärken 2, Vorsprung durch Vielfalt, Qualischeck, etc.)?
45. Falls die angeführten Projekte nicht evaluiert und mit einem Monitoring belegt wurden, was waren die Gründe dafür?

## VI.

### **Durchführung von Veranstaltungen und Beratungen im Rahmen von Projekten, in denen nach Angaben der Landesregierung das Zuwendungsrecht einschlägig ist**

Im Rahmen von ESF-Projekten führen Zuwendungsempfänger Veranstaltungen und Beratungen durch. Dazu folgende Zitate:

#### Zitat 9

In der Website, auf der sich das ESF-Projekt „ZAQ“ des Projektträgers (Institut für Sozialpädagogische Forschung) präsentiert (<http://www.zaq-rlp.de>) heißt es in der Rubrik „Was wir bieten“:

- Beratung zu konkreten Förder- und Qualifizierungsmöglichkeiten des Landes Rheinland-Pfalz u. a. zur Fachkräftequalifizierung und Fachkräftesicherung, zur Erhaltung und Erweiterung der Personalkompetenzen.
- Feststellung zur Ermittlung des Qualifizierungsbedarfs bei Beschäftigten und in Unternehmen.
- Vermittlung von passgenauen Weiterbildungsangeboten, Projekten und Maßnahmen.
- Stärkung von Unternehmerinnen, Beschäftigten, Fach- und Führungskräften durch intensiven Austausch und Vernetzung untereinander sowie mit Akteuren aus der Arbeitsmarktpolitik.
- Informationen über die Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten und gesundheitliche Vorsorge durch die Ermittlung des Arbeitsbewältigungs-Coachings.
- Veranstaltungen in den Bereichen Fachkräftesicherung und Fachkräftequalifizierung.

#### Zitat 10

In der Drucksache 16/3737 heißt es zu den Aufgaben von Schneider Organisationsberatung im ESF-Projekt „Vorsprung durch Vielfalt“ u. a.:

- Kontinuierliche Begleitung von sechs Kommunen. Dabei Unterstützung der Verantwortlichen vor Ort bei der Erstellung strategischer Integrationskonzepte.
- Punktuelle Beratungsleistungen für weitere zehn Kommunen.
- Deckung des Informationsbedarfs in Workshops und Seminaren.
- Öffentlichkeitsarbeit (Betreuung Homepage, Pressemitteilungen, Newsletter).
- Koordination der Vorbereitung und Durchführung der während der Projektlaufzeit durchzuführenden zwei bis drei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie die in 2010 stattfindende Verleihung des Preises für „Vorbildliches interkulturelles Miteinander“.

#### Zitat 11

Frau Wicke: „[...]Nach den §§ 22 und 44 der Landeshaushaltsordnung sind Zuwendungen für Leistungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke möglich, sofern das Land an der Erfüllung ein erhebliches Interesse hat [...]. Dagegen wende ich das Vergaberecht immer dann an, wenn ich die Beschaffung einer Dienstleistung plane [...]. Dieses Vergaberecht haben wir immer dann in der Umsetzung angewendet, wenn Dienstleistungen wie etwa eine Beratung oder das Evaluieren einer Förderperiode Gegenstand der Maßnahme war“ (SoPo, 6. November 2014).

#### Zitat 12

Frau Wicke: „Es gibt sehr wohl sehr viele Projektträger, die einzelne Veranstaltungen durchführen. Das kann durchaus Bestandteil im Projekt sein. Das ist ganz normal“ (SoPo, 6. November 2014).

#### Zitat 13

In der Drucksache 16/3737 führt die Landesregierung mehrfach im Rahmen von ESF-Projekten auf Basis des Zuwendungsrechts an: „Projekt wurde durch das Ministerium initiiert aufgrund der inhaltlichen Bedarfe des Arbeitsmarkts“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

46. Wieso und auf welcher Grundlage gilt für die angeführten ZAQ-Beratungsleistungen (Zitat 9) das Zuwendungsrecht und aus welchen Gründen ist das Vergaberecht hier nicht einschlägig (siehe Zitat 11)?

47. Aus welchen Gründen und auf welcher Grundlage gilt für die angeführte Leistung der Beratung von Kommunen Im ESF-Projekt „Vorsprung durch Vielfalt“ das Zuwendungsrecht und wieso ist das Vergaberecht hier nicht einschlägig?
48. Wenn das Land einen Bedarf decken will (Zitat 13), warum wird diese Bedarfsdeckung nicht ausgeschrieben, obwohl das Vergaberecht grundsätzlich Anwendung bei der Deckung von Bedarfen öffentlicher Auftraggeber zu finden hat (siehe Zitat 13)?
49. Aus welchen Gründen war für die „Koordination der Vorbereitung und Durchführung“ (Zitat 10) von „zwei bis drei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie 2010 die Verleihung des Preises für „Vorbildliches interkulturelles Miteinander“ das Vergaberecht nicht einschlägig?
50. Welche Veranstaltungen sind es, die normalerweise von Projektträgern (siehe Zitat 12) durchgeführt werden und an welche Zielgruppe richten sie sich?
51. Ist es ein normaler „Bestandteil im Projekt“ (Zitat 12), wenn ESF-Projektträger Veranstaltungen für die Landesregierung selbst durchführen?
52. Gibt es noch weitere Fälle, in denen ESF-Projektträger in den vergangenen zehn Jahren für die Landesregierung selbst Veranstaltungen im Rahmen ihrer Projekte durchgeführt haben?
53. Erfüllt der Projektträger in diesen Fällen eine Leistung für die Landesregierung?
54. Wenn nein, warum nicht?

## VII.

### Ausschreibung der ESF-Landesberatungsstelle

Aus der Drucksache 16/2765 geht hervor, dass die Ausschreibung der Landesberatungsstelle für 2000 bis 2002 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft und in der Datenbank TED veröffentlicht wurde. Auch die Ausschreibung 2003 bis 2006 wurde im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft und in der Datenbank TED veröffentlicht. Die Ausschreibung 2007 bis 2008 erfolgte im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz und auf der Homepage des Sozialministeriums. Es ging 2007 um einen Auftragswert in Höhe von 951 297 Euro und 2008 in Höhe von 867 941 Euro.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

55. Hat es für die Jahre 2007/2008 eine europaweite Ausschreibung gegeben?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 20. Juli 2015 – wie folgt beantwortet:

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das wichtigste Instrument zur Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden in der Europäischen Union. Das Land Rheinland-Pfalz erhielt dabei in den Jahren 2007 bis 2013 insgesamt 114 Millionen Euro aus dem ESF. Trotz eines deutlichen Rückgangs der ESF-Mittel in der Förderperiode 2014 bis 2020 für Deutschland insgesamt, stehen Rheinland-Pfalz mit 109 Millionen Euro Mittel in nahezu gleicher Höhe zur Verfügung. Jährlich können in Rheinland-Pfalz aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie aus Landesmitteln rund 50 000 Menschen beraten, weitergebildet und qualifiziert werden. Dadurch werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für die Betroffenen erleichtert. Nur mit dem ESF kann die eigenständige Arbeitsmarktpolitik des Landes Rheinland-Pfalz weiterhin erfolgreich umgesetzt werden.

Die mit dieser Großen Anfrage formulierten Fragestellungen waren bereits Gegenstand umfangreicher Erörterungen.

So wurden dazu im Jahr 2013 sechs Kleine Anfragen beantwortet (vgl. Landtagsdrucksachen 16/2703, 16/2726, 16/2763, 16/2765, 16/2764 sowie 16/2780). Im Jahr 2014 wurde die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, beantwortet (vgl. Landtagsdrucksache 16/3737). Anschließend erfolgte die Beratung der Antwort der Landesregierung auf diese in zwei Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses (33. Sitzung am 30. September 2014 sowie 35. Sitzung am 6. November 2014). Mit der vorliegenden Großen Anfrage werden die dadurch thematisierten Aspekte teilweise wieder aufgegriffen.

## I.

### Rat GmbH

*In der 33. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014 äußerte sich die Landesregierung zur Frage, weshalb das Sozialministerium das Modellprojekt „Qualischeck“ an die eigens zu diesem Zweck gegründete „RAT GmbH“ unter Geschäftsführung von Heiner Schneider (Landesberatungsstelle ESF) vergab. Dazu folgende Zitate:*

#### Zitat 1

*Staatsminister Schweitzer „[...] dass es zu dieser Zeit auf dem Markt der Beratungsunternehmen, die diese speziellen Kenntnisse haben, keine Situation gab, von der man sagen könnte, dass sie überlaufen war [...]. Es gab keinen weiteren Anbieter, den man für infrage kommend gehalten hat, was die Qualität der Umsetzung eines solchen Modellprojekts angeht. Das ist die Begründung, die damals zu der Entscheidung geführt hat.“*



*Zitat 2*

*Frau Barthelmes: „Im Qualischeck gibt es zwei Aufgaben: Das eine war, über eine Hotline Antragstellerinnen und Antragsteller oder Unternehmen und alles, was sonst noch dazu gehört, zu beraten: Wer kann wann, unter welchen Voraussetzungen einen Qualischeck beantragen? – Das Zweite ist die Weiterleitung des Geldes gewesen.“*

Vorbemerkung zu den Fragen 1 bis 24:

In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksachen 16/3595 und 16/3737, wurde zu den Fragen 70 bis 86 ausführlich über das durch die „RAT GmbH“ als Projektträger im Zeitraum vom 16. Februar 2009 bis 31. Dezember 2012 durchgeführte Modellprojekt zur Entwicklung und Erprobung zur Steigerung der Weiterbildungsaktivitäten von älteren Beschäftigten berichtet. Die Ausführungen der Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung in der 33. und 35. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses haben diese Antworten erläutert und vertieft. Es wurde dargestellt, warum für das Modellprojekt keine Vergabe stattgefunden hat, sondern eine Förderung aus Landesmitteln auf der Basis des Zuwendungsrechts erfolgt und wie sich die Überführung der Modellergebnisse in den ESF-Förderansatz „Qualischeck“ gestaltete.

Es wurde dazu ausgeführt, dass die Anwendung des Zuwendungsrechts zur Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Projekte bundesweit absolut unbestritten ist und auch vom Bund und von allen anderen Bundesländern dementsprechend genauso praktiziert wird. Mit der Durchführung der Projekte wird tatsächlich ein im Allgemeininteresse liegender Zweck erreicht, nämlich der Zugang benachteiligter Menschen in eine Berufsausbildung und den Arbeitsmarkt. Es findet auch kein Leistungsaustausch zur Deckung eines Beschaffungsbedarfs des Landes gegen Entgelt statt. Das gilt auch für die Durchführung des aus Landesmitteln finanzierten Modellprojekts Qualischeck. Vergaberecht wurde somit nicht umgangen. Auch die innerhalb des Projekts vorgesehene Weiterleitung von Zuwendungsmitteln an die Träger der Weiterbildungsmaßnahmen impliziert ausdrücklich nicht die Annahme einer Dienstleistung zur Deckung eines Beschaffungsbedarfs der Landesverwaltung gegen Entgelt. Es handelt sich vielmehr dabei um einen Projektteil, der zur Erprobung möglicher Unterstützungsmaßnahmen der individuellen beruflichen Weiterbildung abzubilden war.

Die Anwendung des Vergaberechts erfolgt dagegen bei der Beschaffung von Dienstleistungen und somit selbstverständlich bei der Gewinnung externer Dienstleister des Verwaltungs- und Kontrollsystems auf der Grundlage einer detaillierten Leistungsbeschreibung. Konkret bedeutet dies, dass Vergaberecht in den Fällen angewendet wurde, in denen eine Prüfung ergab, dass die Dienstleistungen beschafft werden mussten. Zur Genese des Qualischecks wurde deutlich gemacht, dass im Vorfeld der modellhaften Erprobung bei der Zielgruppe der Personen über 45 Jahren festgestellt wurde, dass die Weiterbildungsbereitschaft weit hinter jüngeren Vergleichsgruppen zurückbleibt. Es sollte festgestellt werden, ob eine individuelle Weiterbildungsförderung geeignet ist, die Weiterbildungsbereitschaft von Personen über 45 Jahren, die in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) beschäftigt sind, zu erhöhen. Der Blick über die Grenzen nach Hessen und Nordrhein-Westfalen oder zum Bund brachte hier uneinheitliche und auf Rheinland-Pfalz nicht übertragbare Daten. Dies lag unter anderem daran, dass die Zielgruppe, die Fördervoraussetzungen und die Verwaltungsstrukturen für die Umsetzung unterschiedlich waren. Wegen fehlender Erfahrungen mit dieser Zielgruppe in der Individualförderung, sowie der Abwicklung des Gutscheilverfahrens wurde entschieden, den Förderbereich über ein Landesmodellprojekt zu erproben. Für diese Testphase wurde ein zuverlässiger Projektträger benötigt, der die rheinland-pfälzischen Strukturen in der Weiterbildungslandschaft und die Arbeitsmarktakteure kannte, nicht selbst Weiterbildungsträger war und bereit war, für einen begrenzten Zeitraum dieses Modellprojekt umzusetzen. Die Schneider Organisationsberatung legte ein schlüssiges Projektkonzept vor, das Projekt wurde ein Modellprojekt des Landes, die Zahl der Anträge für den Qualischeck wurde vor der Modellphase auf ca. 3 000 geschätzt. Tatsächlich wurden bis zum Ende des Projekts über 3 800 Qualischecks ausgestellt. Die Zahlen übertrafen die Erwartungen erheblich. Das Modellprojekt war erfolgreich, was dem Evaluationsbericht entnommen werden kann. Damit waren die Umsetzungsgrundlagen für eine ESF-Förderung gegeben. Der Qualischeck wurde mit erweiterter Zielgruppe ein Förderansatz der ESF-Förderung. Die Umsetzung des Qualischecks erfolgte dann bei der für die ESF-Förderung zuständigen Bewilligungsbehörde, der zwischengeschalteten Stelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Die telefonische Hotline war Projektbestandteil beim Landesmodellprojekt.

Mit dem Übergang des Qualischecks in die ESF-Förderung wurde die Beratung der Qualischeck-Interessentinnen und -Interessenten im Rahmen der ESF-Förderung durch die Zusatzvereinbarung der landesweiten Beratungsstelle übertragen, deren originäre Aufgabenstellung die Beratung der Interessenten und Interessentinnen von ESF-Förderungen ist. Die Zusatzvereinbarung war somit die rechtliche Umsetzung dieser Zuordnung in Form einer Ergänzung zum Vertrag für die landesweite Beratungsstelle.

1. *Welche „speziellen Kenntnisse“ (Zitat1) und Expertisen waren für die Beratungsleistung innerhalb des Modellprojekts Qualischeck erforderlich?*

Der Wortlaut der Aussage von Herrn Staatsminister Schweitzer in der 33. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses macht deutlich, dass diese Aussage sich hinsichtlich der „speziellen Kenntnisse“ grundsätzlich auf die fachliche Geeignetheit eines Trägers bei der Umsetzung des gesamten Modellprojekts, nicht auf einzelne Aufgaben bezogen hat. Die RAT GmbH hat ein schlüssiges Konzept zur Erprobung einer individuellen Förderung der beruflichen Weiterbildung vorgelegt, das diesen Kriterien entsprach.

Bezogen auf die Aufgabe „Beratung von Interessierten, Antragstellerinnen und Antragstellern, kleinen und mittleren Unternehmen für ihre Beschäftigten sowie der Träger der Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung“ waren insbesondere spezielle Kenntnisse über die Fördervoraussetzungen für die Ausstellung der Qualischecks, Kenntnisse über die Angebote der beruflichen Weiterbildung in Rheinland-Pfalz und eine gute Methodenkompetenz in der telefonischen oder persönlichen Beratung Ratsuchender erforderlich.

2. *Haben sich Qualischeck-Interessierte nach Kenntnis der Landesregierung auch direkt von Weiterbildungsanbietern beraten lassen?*

Über eine Beratung Qualischeck-Interessierter durch die Anbieter von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

3. *Welche Kenntnisse muss nach Auffassung der Landesregierung ein Anbieter aufweisen, um die Aufgabe „Weiterleitung des Geldes“ (Zitat 2) zu erfüllen?*

Für die Auswahl von Projektträgern als Empfänger von Zuwendungen aus dem Haushalt des Landes gelten die Vorgaben des § 44 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO). Die dazu erlassene Verwaltungsvorschrift konkretisiert in Ziffer 1.2, dass Zuwendungen nur solchen Empfängern bewilligt werden dürfen, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen. Nach Ziffer 12 der Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 44 LHO ist es möglich, dass Zuwendungsempfänger als Erstempfänger die Zuwendung ganz oder teilweise weiterleiten können. Auch hier sind die grundsätzlichen Vorgaben der Ziffer 1.2 VV zu § 44 LHO zu beachten. Demnach sind Kenntnisse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung und der bestimmungsgemäßen Verwendung der Fördermittel, insbesondere auch bei einer Weiterleitung der Fördermittel, vorauszusetzen. Darüber hinaus muss jeder Träger in der Lage sein, das Projekt entsprechend der Konzeption und den rechtlichen Vorgaben umzusetzen, Nachweise über Kontakte und Kooperationen vorzulegen und die fachliche Eignung und praktische Erfahrung des für das Projekt vorgesehenen Fachpersonals zu gewährleisten. Es dürfen keine Bedenken zur Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Projektträgers vorliegen.

Auf die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, zu Frage 82 wird verwiesen (Landtagsdrucksache 16/3737).

4. *Aus welchen Gründen konnte diese Kenntnisse kein anderer Anbieter in Rheinland-Pfalz aufweisen?*

Die fachliche Geeignetheit anderer potenzieller Projektträger sowie die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Ziffern 1 und 12 der VV zu § 44 LHO waren nicht zu prüfen.

Die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Ziffern 1 und 12 der VV zu § 44 LHO und die fachliche Geeignetheit anderer potenzieller Projektträger waren nicht zu prüfen.

5. *Worauf gründet sich die Aussage der Landesregierung, dass es keinen weiteren kompetenten Anbieter auf dem „Markt der Beratungsunternehmen“ gab und wie wurde dies ermittelt?*

Dem fachlich zuständigen Ressort war im Vorfeld einer modellhaften Erprobung des Förderansatzes Qualischeck kein anderer Projektträger bekannt, der die rheinland-pfälzischen Strukturen in der beruflichen Weiterbildung kannte, nicht selbst Weiterbildungsträger und bereit war, für einen begrenzten Zeitraum das geplante Modellprojekt umzusetzen.

6. *Hat die Landesregierung versucht, weitere Beratungsunternehmen zu finden und Vergleichsangebote einzubolen? Wenn ja, welche und wie viele, nur in Rheinland-Pfalz oder auch in anderen Bundesländern?*

Da es sich nicht um die Beschaffung einer Dienstleistung handelte, waren keine Vergleichsangebote einzuholen.

## II.

### *Servicestelle Qualischeck*

Nach Angaben des Sozialministeriums (Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014) wurde 2012 mit Schneider Organisationsberatung ein Zusatzvertrag „Servicestelle Qualischeck“ geschlossen. Zuvor hatte eine zweite Firma von Heiner Schneider, die „RAT GmbH“, den Qualischeck als Modellprojekt der Landesregierung auf Zuwendungsbasis umgesetzt.

Die Durchführung des weiteren Auftrags „Servicestelle Qualischeck“ erfolgte von Juli 2012 bis Ende 2014. Ausweislich der Landtagsdrucksache 16/2780 belief sich die Auftragssumme auf 211 861,65 Euro.

Dazu folgende Zitate, die Bezug nehmen auf Äußerungen von Doris Barthelmes und Regina Wicke in der 33. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014 und von Ministerpräsidentin Dreyer in der 35. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. November 2014:

*Zitat 3*

Frau Wicke: „[...] hat man gleichwohl dieses hohe Interesse ...an der öffentlichen Information weitergeführt, natürlich dann als Dienstleistung, und es wurde ein Zusatzvertrag geschlossen. Mit Ende des Modellprojektes hat RAT die Arbeit auch eingestellt [...]. Man hat die telefonische Hotline dann durch einen Zusatzvertrag auf die Schneider Organisationsberatung im Sinne einer Dienstleistung übertragen.“



*Zitat 4*

*Frau Barthelmes: „Übriggeblieben ist die Hotline, weil wir weiterhin eine gute Beratung für Träger, Personen und Unternehmen machen wollten.“*

*Zitat 5*

*Ministerpräsidentin Dreyer: „Mit dem Übergang des Qualischecks in die ESF-Förderung wurde die Beratung der Qualischeck-Interessentinnen und -Interessenten durch die Zusatzvereinbarung der landesweiten Beratungsstelle übertragen, deren originäre Aufgabenstellung die Beratung der Interessentinnen und Interessenten von ESF-Förderungen ist. Die Zusatzvereinbarung war somit die rechtliche Umsetzung dieser Zuordnung, in Form einer Ergänzung zum Vertrag für die landesweite Beratungsstelle.“*

*7. Was versteht die Landesregierung juristisch unter dem Vorgang „im Sinne einer Dienstleistung übertragen“ (Zitat 3)?*

Mit dem erfolgreichen Abschluss des Modellprojekts waren die Voraussetzungen für die Einrichtung eines ESF-Förderansatzes geschaffen.

In der Folge begründete sich daraus die Zuständigkeit der zwischengeschalteten Stelle im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als die in Rheinland-Pfalz zentrale ESF-Bewilligungsbehörde für die Abwicklung der Qualischeck Antragsverfahren. Damit verbunden war auch die Zuständigkeit für die Beratung von Antragstellenden bei Fragen zu vorliegenden Anträgen auf Ausstellung eines Qualischecks und den sich anschließenden Verfahren.

Die Beratung von Qualischeck-Interessierten im Vorfeld einer Antragstellung über die telefonische Hotline konnte aufgrund der zum Zeitpunkt der Aufgabenübertragung nur begrenzt im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung vorhandenen Ressourcen von dort aus nicht geleistet werden. Mit dieser Dienstleistung („Einrichtung und Betrieb einer Servicestelle für den Förderansatz Qualischeck“) wurde Schneider Organisationsberatung beauftragt. Dazu wurde ein Zusatzvertrag zum bestehenden Vertrag für die landesweite ESF-Beratungsstelle geschlossen. Insofern wurde die Beratung von Qualischeck-Interessierten als Dienstleistung einem Auftragnehmer übertragen. Hinsichtlich des Zusatzvertrags wird auf die Antworten des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zu den Kleinen Anfragen 1824 und 1837 verwiesen (Landtagsdrucksachen 16/2763 und 16/2780). Weiterhin wird auf die Antwort des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, zu den Fragen 81 und 84 verwiesen (Landtagsdrucksache 16/3737). Zudem wurde durch die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung diese Frage bereits in der 33. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014 ausführlich beantwortet (siehe Teil II des Protokolls, Seite 17).

*8. Handelt es sich bei der Hotline nach Auffassung der Landesregierung um eine Dienstleistung oder nicht?*

*9. Wenn nein, wie begründet die Landesregierung dies?*

Auf die Antwort der Landesregierung auf die Frage 35 a der Großen Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, zur Anwendung des Zuwendungsrechts für die Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Projekte und zur Abgrenzung zur Anwendung des Vergaberechts für die Beschaffung von (Dienst-)Leistungen wird verwiesen (Landtagsdrucksache 16/3737). Die Umsetzung der rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktpolitik erfolgt unter Anwendung des Zuwendungsrechts. Gefördert werden Projekte, sofern diese die landespolitischen Schwerpunktsetzungen oder die Zielsetzungen des Operationellen Programms des ESF in Rheinland-Pfalz unterstützen und damit ein erhebliches Landesinteresse darstellen. Dagegen ist das Vergaberecht im Fall eines öffentlichen Auftrags, für den ein Leistungsaustausch zur Deckung eines Beschaffungsbedarfs des Landes gegen Entgelt beabsichtigt ist, anzuwenden.

Entscheidend für die Frage der Anwendbarkeit des Vergaberechts ist die Frage, ob es sich um eine Dienstleistung für die Landesverwaltung handelt.

Die Beratung von Qualischeck-Interessierten im Vorfeld einer Antragstellung konnte aufgrund der zum Zeitpunkt der Aufgabenübertragung nur begrenzt im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung vorhandenen Ressourcen von dort aus nicht geleistet werden. Damit wurde die Beratung mittels der Hotline zu einer Dienstleistung für die Landesverwaltung und unterlag dem Vergaberecht.

*10. Wurde 2012 die Servicestelle Qualischeck, eine Telefonbotline, öffentlich ausgeschrieben?*

Die Einrichtung und der Betrieb einer Servicestelle für den Förderansatz „Qualischeck“ wurden nicht ausgeschrieben.

*11. Wenn nein, was waren die Gründe dafür und wurden stattdessen Vergleichsangebote eingeholt?*

*12. Wenn ja, wie viele und von wem?*

Es wurde keine Ausschreibung durchgeführt, da es sich bei dieser Beauftragung um eine freihändige Vergabe i. S. v. § 3 (5) lit. d VOL/A/1 handelt.

Die zu vergebende Leistung entspricht materiell weitestgehend der bereits von Schneider Organisationsberatung erbrachten Leistung der „allgemeinen Beratung von Projektträgern und regionalen Akteuren am Arbeitsmarkt“. Der neue Aspekt war die Beratung von natürlichen Personen zu einem Förderansatz, der die Individualförderung beruflicher Weiterbildung zum Gegenstand hat.

Da es sich somit um eine Nachbestellung handelt, wurden keine weiteren Angebote eingeholt.

13. *Was waren die ausschlaggebenden Gründe für die Beauftragung der Schneider Organisationsberatung?*

Mit dem ursprünglichen Auftrag „landesweite Beratungsstelle für Arbeitsmarktpolitik“ wurde Schneider Organisationsberatung der Auftrag zur allgemeinen Beratung von Projektträgern und regionalen Akteuren am Arbeitsmarkt zur Umsetzung des ESF in Rheinland-Pfalz im Vorfeld der Antragstellung auf Grundlage des Operationellen Programms (OP) des Landes Rheinland-Pfalz in der Förderperiode 2007 bis 2013 vergeben. Im OP ist grundsätzlich auch die zum 1. Juli 2012 neu hinzugekommene Individualförderung als möglicher Förderansatz beschrieben. Zum Zeitpunkt der Beschaffung der ursprünglichen Leistung war noch nicht absehbar, wann dieser Förderansatz tatsächlich umgesetzt werden wird.

Auf dieser Vertragsgrundlage wurde i. S. v. § 3 (5) lit. d VOL/A/1 eine geringfügige Nachbestellung durchgeführt. Der Auftragswert dieser Nachbestellung beläuft sich auf 211 861,65 Euro (84 744,66 Euro x 2,5 Jahre), der Auftragswert des ursprünglichen Vertrags beläuft sich auf 1 686 032,46 Euro. Der Schwellenwert von höchstens 20 Prozent des ursprünglichen Auftragswerts ist damit unterschritten. Weiterhin wurde damit ein wirtschaftliches Ergebnis erzielt.

14. *An welchem Datum wurde die Zusatzvereinbarung zur Telefonhotline mit Schneider Organisationsberatung unterzeichnet?*

Die Zusatzvereinbarung wurde am 5./6. Dezember 2012 von den Vertragspartnern unterzeichnet. Die Auftragserteilung erfolgte am 27. Juni 2012 mündlich.

15. *Welche Voraussetzungen müssen üblicherweise im juristischen Sinn gegeben und welche Bedingungen erfüllt sein, um eine Zusatzvereinbarung ohne Ausschreibung zu schließen?*

Eine freihändige Vergabe gemäß § 3 (5) lit. d VOL/A/1 ist zulässig, wenn bei geringfügigen Nachbestellungen im Anschluss an einen bestehenden Vertrag kein höherer Preis als für die ursprüngliche Leistung erwartet wird, und die Nachbestellungen insgesamt 20 v. H. des Werts der ursprünglichen Leistung nicht überschreitet. Damit entfällt auch eine Ausschreibung.

16. *Sind diese Bedingungen bei der Zusatzvereinbarung mit Schneider Organisationsvereinbarung erfüllt gewesen?*

Diese Bedingungen sind im vorliegenden Fall erfüllt gewesen. Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

17. *In welchen Fällen sind im Sozialministerium seit 2005 vergleichbare Zusatzvereinbarungen im juristischen Sinn geschlossen worden (bitte auflisten nach Auftrag, Auftragswert, Jahr)?*

Neben den in der Antwort des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie auf die Kleine Anfrage 1837 (Landtagsdrucksache 16/2780) und der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, zu den Fragen 65 und 66 gemachten Angaben (Landtagsdrucksache 16/3737) wurden keine weiteren Zusatzvereinbarungen abgeschlossen.

18. *Wieso ist die Zusatzvereinbarung im juristischen Sinn „die rechtliche Umsetzung dieser Zuordnung“ (Zitat 3)?*

Es wird davon ausgegangen, dass sich diese Frage nicht auf das Zitat 3, sondern auf das Zitat 5 bezieht.

Die Beratung der Qualischeck-Interessentinnen und Interessenten über die telefonische Hotline im Vorfeld einer Antragstellung war mit der Überführung der Qualischecks in einen ESF-Förderansatz als Dienstleistung („Einrichtung und Betrieb einer Servicestelle für den Förderansatz Qualischeck“) zu beauftragen. Wie bereits erläutert, erfolgte die Beauftragung über den Abschluss eines Zusatzvertrags zur landesweiten ESF-Beratungsstelle in Form einer geringfügigen Nachbestellung i. S. v. § 3 (5) lit. d VOL/A/1. Auf die Antworten zur den Fragen 10 bis 16 wird verwiesen.

19. *War die Information von Einzelpersonen Gegenstand der Ausschreibung der ESF-Landesberatungsstelle 2008 oder des diesbezüglichen Angebots von Schneider Organisationsberatung?*

20. *Wenn ja, auf welche Passage der Ausschreibung, des Angebots und der Grundvereinbarung nimmt die Landesregierung Bezug?*

Nein. Auf die Antworten zu den Fragen 11 und 13 wird verwiesen.

21. *Wenn laut Landesregierung die „originäre Aufgabenstellung“ (Zitat 3) der landesweiten Beratungsstelle die Beratung von Interessentinnen und Interessenten von ESF-Förderungen und die Qualischeck-Beratung die rechtliche Umsetzung dieser Zuordnung ist: Warum obliegt der Landesberatungsstelle inzwischen nicht mehr die Hotline?*

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Frage nicht auf das Zitat 3, sondern auf das Zitat 5 bezieht.

Die zwischengeschaltete Stelle im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung konnte die Beratung von Qualischeck-Interessierten nicht sofort nach der Implementierung des neuen ESF-Förderansatzes leisten. Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen. Die Übertragung dieser Dienstleistung war zeitlich befristet auf die Umsetzung dieses Förderansatzes im Kontext der Förderperiode 2007 bis 2013 (der Förderansatz endete am 31. Dezember 2014). Mit Beginn der Projektumsetzung in der neuen Förderperiode am 1. Januar 2015 konnte die telefonische Hotline durch die zwischengeschaltete Stelle übernommen werden. Der Auftrag für die ESF-Beratungsstelle beinhaltete nicht mehr die Leistungserbringung für den Betrieb der Hotline.

22. *Warum hat das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung 2012 neben der Abwicklung des Qualischecks nicht gleichfalls die Beratung der Interessentinnen und Interessenten übernommen, sondern erst im November 2014?*

Auf die Antwort zu den Fragen 7 und 21 wird verwiesen.

23. *Hielt die Landesregierung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für nicht befähigt eine „gute Beratung“ (Zitat 4) anzubieten und worauf gründet sie ihre Einschätzung, nur mit einem privaten Dienstleister „weiterhin eine gute Beratung“ machen zu können?*

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zwischengeschalteten Stelle verfügen über die erforderliche Qualifikation zur Beratung der Antragstellenden in allen ESF-Förderansätzen, so auch im Förderansatz „Qualischeck“. Wie bereits erläutert, bezieht sich das Zitat 4 der 33. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 30. September 2014 nicht auf die Qualifikationsprofile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zwischengeschalteten Stelle, sondern auf den zum Zeitpunkt des neuen ESF-Förderansatz „Qualischeck“ dort vorhandenen Stellenumfang. Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

### III.

#### *Entscheidungen über ESF-Projektanmeldungen im ESF-Auswahlgremium*

*Ausweislich des Protokolls der 35. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. November 2014 werden „Projektanmeldungen des Evaluationsunternehmens [Anm: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz, ism] vom ESF-Auswahlgremium bewertet“.*

24. *Trifft es zu, dass die ESF-Verwaltungsbehörde im ESF-Auswahlgremium den Vorsitz führt und somit maßgeblich über Projektanmeldungen des Instituts für Sozialpädagogische Forschung (ism) entscheidet?*

Die Verwaltungsbehörde führt im Projektauswahlgremium den Vorsitz und achtet darauf, dass die Auswahl der für die Förderung vorgesehenen Anmeldungen korrekt entsprechend der Auswahlkriterien erfolgt. Hinsichtlich der Auswahlkriterien wird auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 10 der Großen Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, verwiesen (Landtagsdrucksache 16/3737).

25. *Besteht die mögliche Konstellation, dass die ESF-Verwaltungsbehörde einerseits über Projektanmeldungen des ism mitentscheidet, andererseits zugleich seit 2001 (Antwort auf Frage 65 – Anlage 4, Landtagsdrucksache 16/3737) vom ism bei ihrer Arbeit (Durchführungsberichte, Halbzeitbewertung, Programm- und Modellentwicklung, Politikberatung, Beantwortung von Anfragen von Abgeordneten etc.) unterstützt wird?*

Die Verwaltungsbehörde ist Mitglied im Auswahlgremium. Die Entscheidungen über die grundsätzliche Förderfähigkeit von Projektanmeldungen werden gemeinsam unter Beachtung der Auswahlkriterien gefällt. Auf die Antwort zu Frage 24 wird verwiesen.

26. *Falls nein, wie gelangt die Landesregierung zu ihrer Bewertung?*

Auf die Antwort zu Frage 25 wird verwiesen.

27. *Falls ja, sieht die Landesregierung in dieser Konstellation ein besonderes Näheverhältnis zwischen ESF-Projektträger und ESF-Verwaltungsbehörde?*

28. *Falls ja, wie wird in dieser Konstellation ein ordnungsgemäßer, neutraler Verwaltungsablauf sichergestellt?*

Nein. Auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 55 der Großen Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, wird verwiesen (Landtagsdrucksache 16/3737). Auch das ism e. V. wirkt nicht am Verwaltungsverfahren mit.

29. *In welchen Fällen haben das ESF-Evaluationsunternehmen und die ESF Landesberatungsstelle nach Kenntnis der Landesregierung aufgrund ihres Expertenwissens Vorteile gegenüber Mitbewerbern, wenn sie am ESF-Aufrufverfahren teilnehmen und – wie geschehen – selber ESF-Projekte umsetzen?*

Mit dem Begriff „Mitbewerber“ wird eine marktorientierte Konkurrenzsituation im Sinne des Vergaberechts suggeriert, die auf ein für alle Interessenten frei zugängliches Aufrufverfahren mit jährlich bis zu 400 eingereichten Projektanmeldungen nicht zutrifft.

Diese Konzepte werden nicht sich gegeneinander ausschließend ausgewählt, sondern in Hinblick auf ihren Beitrag zur Erreichung der Programmziele in den einzelnen Förderrichtlinien nach den Qualitätskriterien der „Bewertungsmatrix für Projektanmeldungen“ vorgesehen.

Darüber hinaus ist die Marktorientierung insofern nicht zulässig, da mit dem Zuwendungsverfahren keine marktwirtschaftlichen Vorteile im Sinne von Gewinn verbunden sind, da im Wege der „Fehlbedarfsfinanzierung“ in der Regel das Aufbringen von Eigen- und Kofinanzierungsmitteln erwartet wird und ausschließlich eine Kostenerstattung auf nachgewiesener und geprüfter antragsgemäßer Ausgabenbasis – das heißt, nach Vorfinanzierung durch den Projektträger – erfolgt.

## IV.

*Evaluation des Operationellen ESF-Programms durch das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in Mainz (ism)*

Seit mindestens 2001 ist das Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz mit der Evaluation und dem Monitoring der Umsetzung des ESF-Programms in Rheinland-Pfalz befasst. Dazu folgende Zitate:

## Zitat 6

In der Landtagsdrucksache 16/3737 fragt die CDU-Fraktion (Frage 64): „Das Institut für Sozialpädagogische Forschung findet sich im ESF-Begünstigtenverzeichnis für Rheinland Pfalz mehrfach erwähnt – wieso wird ein Begünstigter des Programms mit der Evaluation und Bewertung desselben beauftragt?“

Die Antwort der Landesregierung: „Das ism evaluiert und bewertet nicht einzelne Projekte, sondern die Umsetzung des Operationellen Programms und der Förderansätze auf der Programmebene.“

## Zitat 7

Herr Barthelmeh: „[...] alles, was im ESF passiert, muss evaluiert und auch mit einem Monitoring belegt werden, um die Möglichkeiten, Umsetzungsstrategien und Erfolge, die damit erzielt worden sind, darzustellen.“ Danach hat das ism „[...] die Aufgabe, die Verwaltungsbehörde mit einem hohen Sachverstand bei diesen Aufgaben zu unterstützen [...]. Unabhängig davon ist es durchaus möglich, dass das ism auch als Projektträger auftreten kann, weil diese beiden Bereiche nichts miteinander zu tun haben. Es werden keine Einzelprojekte evaluiert, sondern es werden Förderansätze evaluiert, also auf einer Metaebene, die insgesamt die Umsetzung des Operationellen Programms in den einzelnen Förderansätzen verfolgt und damit sicherstellen muss, [...] wenn aufgrund dieser Monitoring-Ergebnisse erkennbar ist, dass in der Umsetzung etwas schief läuft, und Anregungen der Verwaltungsbehörde geben muss, wie gegenzusteuern wäre [...]“ (SoPo, 6. November 2014).

## Zitat 8

Homepage Sozialministerium, ESF-Organisationsstruktur:

„Mit dem projekt- und wirkungsspezifischen Monitoring und der Evaluation der Durchführung des Operationellen Programms für den ESF in Rheinland-Pfalz ist das Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism) betraut.“

30. Wie kann das ism die „Umsetzung des Operationellen Programms und der Förderansätze auf Programmebene“ bewerten, ohne Projekte zu evaluieren? (Zitat 6)

Die Evaluation der Umsetzung des Operationellen Programms (OP) wird vom ism anhand eines im Operationellen Programm definierten und von der Europäischen Kommission genehmigten Indikatorensystems durchgeführt: „Für die Begleitung und Bewertung des Programms kommt ein Indikatorensystem zur Anwendung, das geeignet ist, die Anforderungen der Verordnung (EG) 1083/2006 zur Bewertung (Artikel 47 f.) sowie Begleitung (Artikel 63 f.), z. B. hinsichtlich der Erstellung der jährlichen Durchführungsberichte (Artikel 67), zu erfüllen.“ (OP S. 120). Das ism bewertet die Durchführung und Zielerreichung des Programms, einen Auftrag zur Projektevaluation hat das ism nicht.

Auf Grundlage von definierten Indikatoren wird überprüft, ob die im Operationellen Programm festgelegten Ziele erreicht werden und damit Rückschlüsse auf die Erfolge der Strukturfondsintervention zulassen beziehungsweise Steuerungsbedarfe identifizieren.

Für das Monitoring der Projekte liefern die Projektträger die Projekt- und Teilnehmendendaten, die in der Aggregation auf Programmebene die notwendigen Informationen zur Evaluation des Programms bereitstellen, um in der Gesamtschau des Programms Zielerreichungsgrade feststellen zu können. Im Rahmen der rheinland-pfälzischen ESF-Förderung in der Förderperiode 2007 bis 2013 erfolgt dies über das EDV-Begleitsystem EurekaRLP.

Die Ergebnisse der Umsetzung des Operationellen Programms werden somit aufgrund aggregierter Monitoringdaten bewertet, ohne einzelne Projekte zu evaluieren. Die Betrachtung einzelner Projekte, zum Beispiel im Rahmen von qualitativen Fallstudien und Sachberichtsanalysen, flankiert diese statistischen Analysen und dient der Vertiefung und Erweiterung der Wissensbasis, zielt jedoch ebenfalls nicht auf eine spezifische Bewertung beziehungsweise Evaluierung der betreffenden Projekte ab. Vielmehr ergeben sich aus solchen, im Rahmen sogenannter Umsetzungsevaluierungen zum Einsatz kommenden Verfahren, Hinweise auf strukturelle Wirkungsmechanismen innerhalb der Programmumsetzung, mit deren Hilfe das Zustandekommen der Ergebnisse nachvollzogen und erklärt werden kann.

Auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 62 der Großen Anfrage der Fraktion der CDU, Landtagsdrucksache 16/3595, wird verwiesen (Landtagsdrucksache 16/3737).

31. Wenn die einzelnen ESF-Projekte nicht Gegenstand der Evaluation sind, was genau ist dann Gegenstand der Evaluation?

Gegenstand der Evaluation ist die Umsetzung des Operationellen Programms des ESF durch das Land Rheinland-Pfalz in der Förderperiode 2007 bis 2013, der Förderansätze auf Programmebene sowie die Zielerreichung.

32. *Was genau versteht die Landesregierung unter der „Metaebene, die insgesamt die Umsetzung des Operationellen Programms in den einzelnen Förderansätzen verfolgt“ (Zitat 7) und wo ist diese Metaebene in der Organisationsstruktur angesiedelt?*

Unter der Metaebene sind die verschiedenen Prioritätsachsen des Operationellen Programms zu verstehen:

- Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- Verbesserung des Humanvermögens,
- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung/soziale Eingliederung von benachteiligten Person.

Unterhalb dieser Programmschwerpunkte sind Aktionen und Förderansätze definiert. Aktionen bündeln üblicherweise mehrere Förderansätze, mit denen auf einen ähnlichen arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf reagiert wird. Förderansätze bündeln Projekte und haben Rahmenbedingungen, in denen die Fördermodalitäten (Zielsetzung, Zielgruppe, Projektdauer etc.) festgelegt werden. In der Organisationsstruktur ist diese Metaebene bei der ESF-Verwaltungsbehörde angesiedelt, die die Verantwortung für die Umsetzung und Zielerreichung des Operationellen Programms trägt.

33. *Anhand welcher Datengrundlage wird auf der „Metaebene“ die Umsetzung des Operationellen Programms in den einzelnen Förderansätzen verfolgt?*

Das EDV-gestützte Begleitsystem EurekaRLP liefert auf Basis von Einzeldatensätzen aggregierte Daten auf Förderansatz- und Prioritätsachsebene, die zur Bildung der Indikatoren herangezogen werden.

34. *Wie genau evaluiert das ism „Förderansätze auf der ‚Metaebene‘ und wie gelangt das ism zu „Monitoring-Ergebnissen“?*

Das ism evaluiert die Förderansätze anhand der im Operationellen Programm definierten Indikatoren. Dabei bildet das ism aus den vom EDV-Begleitsystem EurekaRLP gelieferten aggregierten Daten auf unterschiedlichen Niveaus (Förderansatz, Aktion, Prioritätsachse, Gesamtprogramm) Kennzahlen, die im Abgleich mit den quantifizierten Zielvorgaben des Operationellen Programms Aufschluss über Zielerreichung bzw. Steuerungsbedarfe liefern. Ergänzt wird diese quantitative Ergebnisbewertung, wie in Frage 30 erläutert, insbesondere durch qualitative Evaluationen, um inhaltlich begründete Zusammenhänge zwischen Programmumsetzung und Wirkungen der Interventionen aufzuzeigen. Dies geschieht hauptsächlich durch Inhaltsanalysen der Sachberichte bzw. durch teilstandardisierte Erhebungen im Zuge von Fallstudien oder Fachevaluationen. Zu ausgewählten Fragestellungen im Kontext einzelner Prioritätsachsen bzw. Aktionen werden die Ergebnisse dieser qualitativen Evaluationen noch durch spezifische quantitative Erhebungen, z. B. standardisierte Expertenbefragungen, ergänzt, um die Repräsentativität und Validität dieser Ergebnisse zu überprüfen.

Exemplarisch lässt sich dieses Vorgehen anhand der veröffentlichten Halbzeitbewertung des Operationellen Programms verdeutlichen.

35. *Was versteht die Landesregierung unter „projekt- und wirkungsspezifischen Monitoring und der Evaluation“ durch das ism (Zitat 8)?*

Unter einem projekt- und wirkungsspezifischen Monitoring versteht die Landesregierung die Analyse der Monitoringdaten, um dadurch Erkenntnisse bezüglich der Effekte und Wirkungen der gewährten Förderungen zu erhalten. Die Monitoringdaten bedürfen einer kontextbezogenen Analyse, da sie für sich genommen noch keine Aussage hinsichtlich des Erfolgs des Programms liefern. Dabei können projekttypuspezifische (z. B. Projekte mit Qualifizierungsmodulen in mehreren Förderansätzen oder Aktionen) Aspekte der Konzeptionen einen entscheidenden Faktor darstellen.

Hinsichtlich der Evaluation des Operationellen Programms wird auf die Antwort zu Frage 30 verwiesen.

36. *Wie gelangt die Landesregierung zu der Einschätzung, dass die Bereiche „Umsetzung von ESF-Projekten“ (durch das ism) und „Monitoring und Evaluation von Förderansätzen“ (durch das ism) „nichts miteinander zu tun haben“? Was unterscheidet nach Ansicht der Landesregierung die beiden Bereiche?*

Die Bereiche „Umsetzung von ESF-Projekten“ und „Monitoring und Evaluation von Förderansätzen“ sind getrennte Bereiche, da die Umsetzung einzelner ESF-Projekte durch die Zwischengeschaltete Stelle geprüft und durch die Prüfbehörde stichprobenartig einem Controlling unterworfen werden. Die Verwaltungsbehörde begleitet die Projektumsetzung und die Bescheinigungsbehörde überprüft die Zahlungsanträge vor der Weiterleitung an die EU-Kommission. Diese projektspezifischen Begleitaufgaben sind in den Verwaltungs- und Kontrollstrukturen sowie den Regelungen für die Beantragung, Durchführung und Abrechnung von ESF-finanzierten Projekten geregelt. Die Einhaltung dieser Regelungen obliegt den genannten Institutionen und nicht dem ism.

Im ism ist sichergestellt, dass die Personen, die im Rahmen des Evaluationsauftrags des Landes Rheinland-Pfalz tätig sind, nicht auch mit der Umsetzung von konkreten Projekten betraut sind.



37. Welche Informationen im Einzelnen benötigt das ism von den Projektträgern und Teilnehmern, um seinen Auftrag „Evaluation und Monitoring des ESF“ umsetzen zu können?

Das ism benötigt Daten aus dem EDV-Begleitsystem in aggregierter Form auf Förderansatz-, Prioritätsachsen- und Gesamtprogrammebene, um den Auftrag „Evaluation und Monitoring des ESF“ umsetzen zu können. Darüber hinaus können für gesonderte Untersuchungen (z. B. Halbzeitbewertung des ESF-Programms) zusätzliche Datenerhebungen bei Trägern notwendig werden. Das ism ist dabei zur Einhaltung des Datenschutzes, zur Erfüllung von Datensicherungsmaßnahmen und zur Verschwiegenheit verpflichtet. Alle erhobenen, zusätzlichen Daten werden ausschließlich anonymisiert weiterverarbeitet, Primärdaten nach der Auswertung vernichtet.

## V.

### *Datenfluss bei Evaluation und Monitoring des Operationellen Programms*

Der Landtagsdrucksache 16/3737 zufolge sind „der [...] Zuwendungsempfänger und Teilnehmende des ESF-Programms in Rheinland-Pfalz verpflichtet, an der Begleitung, Bewertung und Evaluierung der Maßnahme mitzuwirken. Bei Teilnehmenden ist daher vorab die Einverständniserklärung einzubolen, dass diese mit der Erhebung der Daten sowie der Verarbeitung zum Zwecke der Evaluation einverstanden sind.“

38. Wie werden nach Abgabe der Einverständniserklärung der ESF-Projektträger die Daten erhoben und wie und von wem werden diese Daten weiter ausgewertet?

Die für das Monitoring benötigten Daten werden vom Projektträger erhoben und von ihm in das EDV-Begleitsystem EurekaRLP eingegeben. Zwischengeschaltete Stelle, Verwaltungsbehörde, Bescheinigungsbehörde und Prüfbehörde haben Zugriff auf pseudonymisierte Datensätze, sie können zu Prüfungszwecken Einzeldatensätze auswerten, allerdings stets pseudonymisiert. Zu Evaluationszwecken erhält das ism Zugriff auf pseudonymisierte Datensätze. Diese Daten sind in aggregierter Form auch Grundlage der jährlich an die EU-Kommission zu übermittelnden Durchführungsberichte. Über SFC2007 (System for Fund Management in the European Community 2007 bis 2013 [EDV-Programm der EU-Kommission]) erhält die EU-Kommission Zugriff auf die genannten Indikatoren, jedoch nicht auf die zugrunde liegenden einzelnen Teilnehmendendatensätze.

Die Erhebung weitergehender Daten erfolgt im Falle quantitativer Erhebungen je nach Fragestellung in Form von prioritätsachsen-, aktions- oder förderansatzspezifischer standardisierter Befragungen, insbesondere in onlinegestützter Form. Dazu werden die im EDV-Begleitsystem EurekaRLP durch die Projektträger benannten Ansprechpartner per E-Mail zu einer Onlinebefragung eingeladen. Die Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich in anonymisierter, aggregierter Form und unter Wahrung des Datenschutzes. Qualitative Daten werden insbesondere im Zuge von Gruppendiskussionen, z. B. im Rahmen förderansatzspezifischer Workshops oder in Form leitfadengestützter Interviews mit ausgewählten, für die jeweilige Fragestellung relevanten Personengruppen, erhoben. Die Teilnahme an Interviews beruht grundsätzlich auf Freiwilligkeit und unter Wahrung des Datenschutzes, das heißt, auch hier werden Ergebnisse nur in anonymisierter, aggregierter Form weiterverarbeitet.

39. Der Landtagsdrucksache 16/3737 zufolge erfolgt im Rahmen des Monitorings durch das ism die „laufende Erfassung aller relevanten finanziellen und materiellen Verlaufsdaten sowie die teilnehmerbezogenen Daten zu bestimmten Indikatoren“ – wie genau erreichen das ism diese Daten und Informationen für seine Evaluation?

Grundlage des Monitorings sind die Daten des EDV-Begleitsystems EurekaRLP. Zu Zwecken des Monitorings beinhaltet das EDV-Begleitsystem ein Modul „Monitoring und Controlling“, in dem spezifische Abfrageroutinen definiert sind, anhand derer sich die betreffenden Daten zur finanziellen und materiellen Umsetzung auswerten lassen. Das ism hat über spezifische, mit eingeschränkten Rechten versehene Zugänge zum EDV-Begleitsystem Zugriff auf bestimmte Abfrageroutinen und kann somit kontinuierlich den Umsetzungsverlauf sowohl in finanzieller als auch in materieller Hinsicht erfassen und auswerten.

40. Herr Barthelmeh in der 35. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. November 2014: „Alles, was im ESF passiert, muss evaluiert und mit einem Monitoring belegt werden“. Wer hat die Förderansätze für folgende ESF-Projekte (umgesetzt vom ism) evaluiert und die Maßnahmen mit einem Monitoring belegt?

Fit in Europe	2013/2013
ZAQ – Zukunftsfähige Arbeit, Qualifizierung und migrantische Ökonomie	2013
Fit in Europe II	2013/2013
ZENITplus III – Altersmanagement in der Westpfalz	2012
Quali-ZAUM-Qualifizierung für zukunftsfähige Arbeit in Unternehmen mit Migrationshintergrund	2012
Perspektive junger Unternehmergeist – PUG V	2012
Vorsprung durch Vielfalt – Vielfaltorientiertes Personalmanagement in KMU	2012
Vorsprung durch Vielfalt – Vielfaltorientierte Strategien zur Fachkräftesicherung in KMU	2012
MIQN-2 – Qualifizierungsnetzwerk in Unternehmen mit Migrationshintergrund	2011
ZAUM-2 – Zukunftsfähige Arbeit für Unternehmen mit Migrationshintergrund	2011
ZENITplus II – Altersmanagement in der Westpfalz	2011
Vorsprung durch Vielfalt, Teilprojekt ism	2010
MIQN – Qualifizierungsnetzwerk in Unternehmen mit Migrationshintergrund	2010



ZAUM – Zukunftsfähige Arbeit für Unternehmen mit Migrationshintergrund	2010
Netzwerk junger Unternehmergeist – PUG IV	2010
ZENIT plus – Altersmanagement in der Westpfalz	2009
Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz	2009
Netzwerk junger Unternehmergeist – PUG III	2009

41. Falls evaluiert wurde, welche Daten waren für die Evaluation erforderlich?

Die Projektdaten der vom ism durchgeführten Projekte wurden wie alle ESF-geförderten Projekte im EDV-Begleitsystem EurekaRLP erfasst und durch die zwischengeschaltete Stelle finanztechnisch und inhaltlich geprüft. Die Förderansätze, in denen diese Projekte durchgeführt wurden, wurden wie alle anderen Förderansätze auch vom ism evaluiert. Diese Evaluation betrachtet keine Einzelprojekte, sondern Förderansätze mit teilweise mehreren hundert Einzelprojekten und Prioritätsachsen.

42. Falls evaluiert wurde, wie gelangten in diesem Fall die erforderlichen Daten von dem Projektträger zum Evaluationsunternehmen?

Die erforderlichen Daten gelangen durch das EDV-Begleitsystem EurekaRLP in der in Antwort zu Frage 39 erläuterten Form zum Evaluationsunternehmen.

43. Wenn die Projekte nicht evaluiert und mit einem Monitoring belegt wurden, was waren die Gründe dafür?

Auf die Antwort zu Frage 40 wird verwiesen. Die Begleitung und Bewertung des Operationellen Programms sieht keine Evaluierung von Einzelprojekten vor. Alle Projekte (auch die genannten) werden im EDV-Begleitsystem EurekaRLP erfasst und überprüft.

44. Wer hat die Maßnahmen, in denen Schneider Organisationsberatung alleine oder in Kooperation mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung tätig war, evaluiert und mit einem Monitoring belegt? (INPACT 2, INPACT 3, Vielfalt nutzen, Teilhabe stärken, Vielfalt nutzen, Teilhabe stärken 2, Vorsprung durch Vielfalt, Qualischeck, etc.)?

Die genannten Projekte werden wie alle ESF-geförderten Projekte im EDV-Begleitsystem EurekaRLP erfasst. Einzelprojekte werden nicht evaluiert, da die Begleitung und Bewertung des Operationellen Programms keine Evaluierung von Einzelprojekten vorsieht. Entsprechend wurden die genannten Einzelprojekte nicht evaluiert. Die notwendigen Daten für das Monitoring wurden – wie in allen anderen Projekten auch – durch die Projektträger im EDV-Begleitsystem EurekaRLP erfasst. Auf die Antwort zu Frage 40 wird verwiesen.

45. Falls die angeführten Projekte nicht evaluiert und mit einem Monitoring belegt wurden, was waren die Gründe dafür?

Auf die Antwort zu Frage 43 wird verwiesen.

## VI.

### *Durchführung von Veranstaltungen und Beratungen im Rahmen von Projekten, in denen nach Angaben der Landesregierung das Zuwendungsrecht einschlägig ist*

Im Rahmen von ESF-Projekten führen Zuwendungsempfänger Veranstaltungen und Beratungen durch. Dazu folgende Zitate:

*Zitat 9*

In der Website, auf der sich das ESF-Projekt „ZAQ“ des Projektträgers (Institut für Sozialpädagogische Forschung) präsentiert (<http://www.zaq-rlp.de>) heißt es in der Rubrik „Was wir bieten“:

- Beratung zu konkreten Förder- und Qualifizierungsmöglichkeiten des Landes RLP u. a. zur Fachkräftequalifizierung und Fachkräftesicherung, zur Erhaltung und Erweiterung der Personalkompetenzen.
- Feststellung zur Ermittlung des Qualifizierungsbedarfs bei Beschäftigten und in Unternehmen.
- Vermittlung von passgenauen Weiterbildungsangeboten, Projekten und Maßnahmen.
- Stärkung von Unternehmerinnen, Beschäftigten, Fach- und Führungskräften durch intensiven Austausch und Vernetzung untereinander sowie mit Akteuren aus der Arbeitsmarktpolitik.
- Informationen über die Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten und gesundheitliche Vorsorge durch die Ermittlung des Arbeitsbewältigungs-Coachings.
- Veranstaltungen in den Bereichen Fachkräftesicherung und Fachkräftequalifizierung.

*Zitat 10*

In der Landtagsdrucksache 16/3737 heißt es zu den Aufgaben von Schneider Organisationsberatung im ESF-Projekt „Vorsprung durch Vielfalt“ u. a.:

- Kontinuierliche Begleitung von sechs Kommunen. Dabei Unterstützung der Verantwortlichen vor Ort bei der Erstellung strategischer Integrationskonzepte.
- Punktuelle Beratungsleistungen für weitere zehn Kommunen.
- Deckung des Informationsbedarfs in Workshops und Seminaren.
- Öffentlichkeitsarbeit (Betreuung Homepage, Pressemitteilungen, Newsletter).
- Koordination der Vorbereitung und Durchführung der während der Projektlaufzeit durchzuführenden zwei bis drei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie die in 2010 stattfindende Verleihung des Preises für „Vorbildliches interkulturelles Miteinander“.

*Zitat 11*

*Frau Wicke: „[...] Nach den §§ 22 und 44 der Landeshaushaltsordnung sind Zuwendungen für Leistungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke möglich, sofern das Land an der Erfüllung ein erhebliches Interesse hat [...]. Dagegen wende ich das Vergaberecht immer dann an, wenn ich die Beschaffung einer Dienstleistung plane [...]. Dieses Vergaberecht haben wir immer dann in der Umsetzung angewendet, wenn Dienstleistungen wie etwa eine Beratung oder das Evaluieren einer Förderperiode Gegenstand der Maßnahme war“ (SoPo, 6. November 2014).*

*Zitat 12*

*Frau Wicke: „Es gibt sehr wohl sehr viele Projektträger, die einzelne Veranstaltungen durchführen. Das kann durchaus Bestandteil im Projekt sein. Das ist ganz normal.“ (SoPo, 6. November 2014)*

*Zitat 13*

*In der Landtagsdrucksache 16/3737 führt die Landesregierung mehrfach im Rahmen von ESF-Projekten auf Basis des Zuwendungsrechts an: „Projekt wurde durch das Ministerium initiiert aufgrund der inhaltlichen Bedarfe des Arbeitsmarkts.“*

46. *Wieso und auf welcher Grundlage gilt für die angeführten ZAQ-Beratungsleistungen (Zitat 9) das Zuwendungsrecht und aus welchen Gründen ist das Vergaberecht hier nicht einschlägig (siehe Zitat 11)?*

Die in Zitat 9 aufgelisteten Hinweise unter der Rubrik „Was wir bieten“ stellen einen Teil der Aufgaben des Projekts dar und sind Bestandteil der Projektkonzeption.

Es handelt sich um unterschiedliche Angebote, die sich an (verschiedene) Zielgruppen des Projekts wenden und nicht um Leistungen, die einen Beschaffungsbedarf der Landesverwaltung decken.

Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass einzelne Tätigkeiten oder Aufgaben für sich allein genommen noch kein Indiz zur Klassifizierung als Dienstleistung im Rahmen eines öffentlichen Auftrags darstellen. So können in zuwendungsfinanzierten Projekten Beratungsleistungen Hauptaufgabe der Konzeption sein; die Durchführung von Fachtagungen zur Aufgabe in der Öffentlichkeitsarbeit gehören, die Durchführung eines Wettbewerbs für Best-Practice-Beispiele und deren Prämierung Bestandteil der Implementierung neuer Ansätze im jeweiligen Projektkontext sein.

Die Begrifflichkeit „Beratung“ impliziert nicht automatisch die Anwendung des Vergaberechts. Das Land wurde durch das Projekt nicht beraten, sondern Dritte. Es erfolgte auch keine Zuweisung dieser Dritten durch das Land an die Beratung im Projekt. Das Vergaberecht ist nicht einschlägig. Das Projekt wurde wie alle anderen arbeitsmarktpolitischen Projekte über Zuwendungsrecht gefördert.

47. *Aus welchen Gründen und auf welcher Grundlage gilt für die angeführte Leistung der Beratung von Kommunen im ESF-Projekt „Vorsprung durch Vielfalt“ das Zuwendungsrecht und wieso ist das Vergaberecht hier nicht einschlägig?*

Auch bei den in Zitat 10 aufgelisteten Aufgaben handelt es sich nicht um Dienstleistungen für die Landesverwaltung, sondern um Bestandteile der Projektkonzeption. Die beschriebene Aufgabe der Begleitung und Beratung wendet sich an die Zielgruppe der Kommunen. Der Zugang war offen, das heißt, jede interessierte Kommune konnte grundsätzlich an diesem Projekt partizipieren.

48. *Wenn das Land einen Bedarf decken will (Zitat 13), warum wird diese Bedarfsdeckung nicht ausgeschrieben, obwohl das Vergaberecht grundsätzlich Anwendung bei der Deckung von Bedarfen öffentlicher Auftraggeber zu finden hat (siehe Zitat 13)?*

Wie auch im Wortlaut des Zitats 13 dargestellt („[...] aufgrund inhaltlicher Bedarfe des Arbeitsmarkts [...]“), deckten die Projekte nicht einen Beschaffungsbedarf der Landesverwaltung. Es bestand vielmehr ein arbeitsmarktpolitischer Bedarf. Diesem Bedarf sollte durch geeignete Projekte, entsprechend den landespolitischen Schwerpunktsetzungen, bzw. den Zielsetzungen des Operationellen Programms, entsprochen werden. Das Land hatte insoweit ein erhebliches Interesse an der Durchführung der diesbezüglichen Projekte.

49. *Aus welchen Gründen war für die „Koordination der Vorbereitung und Durchführung“ (Zitat 10) von „zwei bis drei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie 2010 die Verleihung des Preises für „vorbildliches interkulturelles Miteinander“ das Vergaberecht nicht einschlägig?*

Bei in Zitat 10 gelisteten Aufgaben handelt es sich nicht um Dienstleistungen für die Landesverwaltung, sondern um Bestandteile der Projektkonzeption. Die beschriebene Aufgabe „Durchführung von Veranstaltungen“ diente der Öffentlichkeitsarbeit des Projekts.

50. *Welche Veranstaltungen sind es, die normalerweise von Projektträgern (siehe Zitat 12) durchgeführt werden und an welche Zielgruppe richten sie sich?*

Im Rahmen der ESF-Projekte werden sehr unterschiedliche Veranstaltungen durchgeführt. Die Ausgestaltung der Veranstaltungen hängt von dem Konzept, der Zielgruppe der Projekte und der Adressaten der damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit ab.

Während z. B. bei Qualifizierungsprojekten für Langzeitleistungsbeziehende oder arbeitslose bzw. nicht erwerbstätige junge Menschen Veranstaltungen zur Präsentation des Projekts selbst oder die Präsentation der konkreten Arbeitsergebnisse der Teilnehmenden im Vordergrund stehen, sind bei Projekten, deren Ziel die Steigerung des Umsetzungs- und Handlungswissens von kleinen und

mittleren Unternehmen (KMU) für Fragen des demografischen Wandels ist, u. a. auch Veranstaltungen notwendig, um das konkrete Unterstützungsangebot für KMU zielgruppengerecht bekannt zu machen oder im Rahmen von Abschlussveranstaltungen die Ergebnisse des Projekts darzustellen.

Unabhängig davon besteht für alle Projekte vor dem Hintergrund der Publizitätsvorschriften in den einschlägigen Verordnungen zur Umsetzung des ESF die Verpflichtung, den europäischen Mitteleinsatz in geeigneter Weise öffentlich darzustellen. Zur Unterstützung der Projektträger in der Förderperiode 2007 bis 2013 bei dieser Aufgabe wurde von der ESF-Verwaltungsbehörde ein Leitfaden Publizität herausgegeben, der u. a. Veranstaltungen als geeignetes Instrument zur Erfüllung der Publizitätspflichten ausdrücklich benennt. Durch eine besondere Nebenbestimmung im Bewilligungsbescheid werden die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger zur Anwendung dieses Leitfadens verpflichtet.

51. *Ist es ein normaler „Bestandteil im Projekt“ (Zitat 12), wenn ESF-Projektträger Veranstaltungen für die Landesregierung selbst durchführen?*

52. *Gibt es noch weitere Fälle, in denen ESF-Projektträger in den vergangenen zehn Jahren für die Landesregierung selbst Veranstaltungen im Rahmen ihrer Projekte durchgeführt haben?*

Im Rahmen der Projektumsetzung werden Veranstaltungen für die Projekte durchgeführt. Veranstaltungen für die Landesregierung sind nicht normal und werden nicht durchgeführt.

Im Einzelfall, wenn Projektziele und -inhalte mit landespolitischen Zielen und Maßnahmen in hohem Maße übereinstimmen, kann es zu Kooperationen kommen, die in gemeinsamen Veranstaltungen münden, so geschehen bei der Veranstaltung zur Verleihung des Preises für vorbildliches interkulturelles Miteinander im Jahr 2010.

53. *Erfüllt der Projektträger in diesen Fällen eine Leistung für die Landesregierung?*

54. *Wenn nein, warum nicht?*

Nein, im Rahmen von Projektveranstaltungen werden keine Leistungen für die Landesregierung beziehungsweise die Landesverwaltung erbracht. Auf die Antworten zu den Fragen 50 und 51 wird verwiesen.

## VII.

### *Ausschreibung der ESF-Landesberatungsstelle*

*Aus der Landtagsdrucksache 16/2765 geht hervor, dass die Ausschreibung der Landesberatungsstelle für 2000 bis 2002 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft und in der Datenbank TED veröffentlicht wurde. Auch die Ausschreibung 2003 bis 2006 wurde im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft und in der Datenbank TED veröffentlicht. Die Ausschreibung 2007 bis 2008 erfolgte im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz und auf der Homepage des Sozialministeriums. Es ging 2007 um einen Auftragswert in Höhe von 951 297 Euro und 2008 in Höhe von 867 941 Euro.*

55. *Hat es für die Jahre 2007/2008 eine europaweite Ausschreibung gegeben?*

Bei der zu beschaffenden Leistung handelte es sich um eine Leistung im Sinne von Anhang I B der VOL/A/2 (Bestimmungen nach der Richtlinie 2004/08/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge).

Die Leistung ist der CPC-Referenznummer 93 bzw. der CPV-Referenznummer 85312320-8 zuzuordnen. Die Leistungen wurde daher entsprechend § 1a Nr. 2 (1) VOL/A/2 nach den Bestimmungen der Basisparagrafen der VOL/A/2 unter Beachtung der §§ 8 a sowie 28 a VOL/A/2 auf dem Wege einer öffentlichen Ausschreibung beschafft. Damit wurden die damaligen einschlägigen Vorschriften des Abschnitts 2 der VOL/A, in dem die Beschaffungsverfahren bei Überschreiten des Schwellenwerts geregelt waren, korrekt angewendet.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin

